

18. Mai 1990 Vor 30 Jahren Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion BRD-DDR in Bonn. Er trat zum 1. Juli 1990 in Kraft.

28. Mai 1915 Vor 105 Jahren demonstrierten 1500 Frauen vor dem Reichtagsgebäude für den Frieden und gegen die Teuerung.

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

Für Halle und den
Saalekreis

5. Ausgabe / 30. Jahrgang

26. Mai 2020

Solidarität und Gerechtigkeit - Forderungen für den 1. Mai!

Trotz der Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie wollten wir als DIE LINKE Halle ein Zeichen für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft setzen. Deshalb präsentierten wir am 1. Mai an verschiedenen Standorten Plakate, die wichtige politische Forderungen für die Arbeiter*innen enthielten.

Die gegenwärtige Krise zeigt, wie schlecht viele systemrelevante Berufe bezahlt werden.

Es wird deshalb Zeit, Arbeiter*innen aus dem Einzelhandel, der Logistik und der Pflege deutlich besser zu entlohnen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wir fordern: Mehr Geld für diese Berufe - von Applaus allein wird niemand satt! Auch birgt diese Krise die Gefahr, die soziale Spaltung zu vergrößern. Viele Menschen haben ihre Jobs verloren oder sind

auf Kurzarbeitergeld angewiesen. Viele Solo-Selbstständige können nicht mehr weitermachen.

Wir fordern deshalb: 90 Prozent Kurzarbeitergeld und ein sanktionsfreies Mindesteinkommen für alle, die es brauchen. Der Kündigungsschutz muss ausgebaut werden.

Mit sozialer Gerechtigkeit und einem guten Gesundheitssystem können wir die Krise überstehen. Damit dieses System aber auch für alle funktioniert, braucht es endlich eine Gesundheitsversicherung für alle - ohne Sonderleistungen, ohne das Fallpauschalensystem und ohne Selbstbeteiligungen!

Der Erste Mai ist der Tag der Arbeiter*innen, ohne die jede Corona-Bekämpfung unmöglich wäre.

Deshalb fordern wir gerade jetzt Solidarität und Gerechtigkeit!



Gelebte Solidarität

Mitglieder und Sympathisant*innen von DIE LINKE Halle haben in den letzten Wochen Geld und Sachmittel an das SCHIRM-Projekt der Halleschen Jugendwerkstatt gespendet. Höhepunkt der Spendensammlung war die Übergabe einer Einzelspende in Höhe von 1.000 Euro. Dazu erklärt der Stadtvorstand von DIE LINKE Halle:

„Wir sind froh und dankbar für die Spendenbereitschaft unserer Mitglieder und Sympathisant*innen, die unserem Aufruf zur solidarischen Hilfeleistung in Corona-Zeiten gefolgt sind. Die Basis unserer Partei ist bereit, dem linken Programm Taten folgen zu lassen. Persönliche Hilfe kann und darf niemals unsere politischen Forderungen nach einer guten Ausfinanzierung aller sozialen Projekte ersetzen.“

Trotzdem hoffen wir, so einen Beitrag dazu leisten zu können, dass die Corona-Krise auch von denjenigen bewältigt werden kann, die sozial ausgegrenzt werden. 1.000 Euro für das SCHIRM-Projekt sind in Zeiten unterfinanzierter Kommunen und neoliberaler



Sozialkürzungen ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber einer, der ganz konkret Menschen hilft und ein Ausdruck gelebter Solidarität ist.“

Darüber hinaus haben wir seit Ende März Geld- und Sachspenden für die Humanisten, die ZAST in Halberstadt und für die Bahnhofs- und Stadtmission gesammelt.

Und zu guter Letzt haben wir die Futterpatenschaft für einen Roten Panda im Bergzoo von Halle übernommen.



An dieser Stelle möchten wir nochmal an alle, die uns dabei unterstützt haben, ein großes Dankeschön aussprechen. Egal ob Mitglieder oder Sympathisant*innen: ohne eure Unterstützung, egal welcher Art, wäre das in dem Umfang nicht möglich gewesen!

Danke!

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

18.06.2020

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 23.06.2020

Nachruf für Liane Lang

Tief bewegt haben wir vom Tod unserer Genossin Liane Lang erfahren.

Mit viel Energie und Tatendrang war sie von 1970 bis 1990 Oberbürgermeisterin der damalseigenständigen Stadt Halle-Neustadt. Liane Lang blieb auch nach der Verschmelzung Halle-Neustadts mit der Stadt Halle ihrem Stadtteil treu und engagierte sich sehr für die Belange der Menschen vor Ort. Ihr war es immer wichtig die Neustadt zu integrieren und immer wieder aufzuzeigen, dass Halle-Neustadt zwar eine junge, aber dennoch eine eigene Geschichte hat, mit der Liane Lang immertief verbunden sein wird. Wir danken Liane für Engagement und nehmen Abschied von einer langjährigen und streitbaren Genossin.

Ortsverband Halle-West

Nachruf für Diethard Pfränger

Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von Diethard. Wir verlieren einen streitbaren und solidarischen Genossen.

Viele Jahre leitete er mit großem Engagement die Basisgruppe „Silberhöhe“. Als eifriger Leser des „neuen deutschland“ und des "Disput" war er immer über die neuesten Entwicklungen in unserer Partei informiert und forderte in den Basisgruppentreffen den Meinungsaustausch. Unvergessen ist sein unermüdlicher Einsatz in unseren Wahlkämpfen; seine akribische Planung der Verteilung von Wahlmaterialien hat uns immer wieder begeistert. Wir haben Diethard auch als sehr fröhlichen Menschen erlebt, wenn er z.B. mit Leidenschaft von seinen Reisen in bekannte Weingebiete oder von Kurreisen mit seiner Ehefrau Thea erzählte.

Seine Stimme ist verstummt, aber die Erinnerung an sein Engagement und seine Persönlichkeit werden wir dankbar in Erinnerung behalten.

Genossinnen und Genossen der Basisgruppe Silberhöhe und des Ortsverbandes Süd

Absage des Sommerfestes am 26. Juni

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten,

leider müssen wir euch auf diesem Wege mitteilen, dass das geplante Sommerfest im Linken Laden dieses Jahr leider ausfallen muss. Schweren Herzens haben wir uns zu dieser Entscheidung durchgerungen, aber wir sind davon überzeugt, dass es in der aktuellen Krisensituation die richtige Herangehensweise ist. Die Gesundheit unserer Mitstreiterinnen und Mitstreiter ist uns an dieser Stelle einfach wichtiger, als das Risiko.

Trotzdem schauen wir nach vorne und hoffen, vielleicht später im Jahr eine Ausweichveranstaltung mit euch organisieren zu können.

Euer Stadtvorstand

Senioren-Cafe' am 24. Juni ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4

„Was ist divers, inter- und transgeschlechtlich, pansexuell, queer? Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt verständlich erklärt!“

Referent: Dipl. Pädagoge Ants Kiel, BBZ „lebensart“ e.V.

Vorschau

Senioren-Cafe' am 29. Juli ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4

„Parität in Parlamenten und Politik“- wie real ist die Gleichberechtigung unserer Frauen?

Vortrag: Dr. Viola Schubert-Lehnhardt

Ein Text zu Corona, Staat und Aluhut

„Oh, Sie fühlen sich hilflos in Corona-Zeiten? Welcher Wahn darf's denn sein? Der unerschütterliche Glauben an die Welt- oder an die Bundesregierung?“

Auch in Sachsen-Anhalt gibt es Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Besondere Aufmerksamkeit zogen dabei Demonstranten auf sich, die ihre Situation mit der der Jüd*innen in Nazideutschland verglichen. Ähnliche Tendenzen gab es auch bundesweit: Von den einschlägigen und irren Verschwörungstheorien ganz abgesehen, fühlen sich viele Corona-Maßnahmegegner*innen von einer Maskenpflicht, die ein Infektionsgeschehen und Todeszahlen wie in Italien oder den USA verhindern soll, derart entrechtet, dass sie sich ernsthaft mit den Opfern beliebiger Diktaturen und Massenmorde vergleichen. Die Beantwortung der Frage, wie etwas so offensichtlich Falsches ebenso fest geglaubt werden kann, überlassen wir an dieser Stelle mal den fachkundigen Psychoanalytiker*innen. Damit jetzt kein linkes Überlegenheitsgefühl eintritt, sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass bei dieser Art Demonstration auch manch selbsterklärter Linker dabei ist oder zumindest keine Berührungsgängste hat - wie der frisch gewählte stv. Fraktionsvorsitzende der LINKEN Andrej Hunko. Im Übrigen ist es schon gefährlich genug, ohne Abstandsregeln und Mund-Nasen-Bedeckung in größeren Menschenmengen zusammenkommen. Vor allem aber ist es rücksichtslos, denn die Gefahr trifft vermutlich nicht einmal hauptsächlich die Teilnehmer*innen dieser Demos, sondern vor allem jene Angehörigen von Risikogruppen, die sich in ihrem sozialen Umfeld befinden oder ihnen schlicht zufällig begegnen. So einfach es aber auch ist, sich nun wieder gegenseitig zu erzählen, dass Verschwörungsideologen deppert sind und sich darüber gut zu fühlen, kann das eine Kritik der staatlichen Maßnahmen nicht entwerfen oder gar ersetzen - und das hört nicht bei der Frage auf, warum die Polizei Abstandsregeln viel lieber gegen linke Demonstrationen durchsetzt als gegen rechte Corona-Leugner.

Denn natürlich kann man von der bürgerlichen Gesellschaft nicht erwarten, dass sie alles tut, was nötig ist, um Menschen vor der Corona-Pandemie zu schützen - und gleichzeitig ihre Maßnahmen auch darauf begrenzt. So fällt der Bundesregierung erst spät auf, dass der Corona-Virus in Schlachthöfen nicht aus Rücksicht auf die Gewinnerwartungen der Nahrungsmittelindustrie (und der davon abhängigen Arbeitnehmer) von einer Übertragung absieht. Dass das auch für andere Werkshallen gilt, versteht sich von selbst. Gleichzeitig werden möglicherweise verfrühte Lockerungen zum



Schutz u.a. des Einzelhandels und der Gastwirtschaft vorangetrieben, die überhaupt nur aufgrund unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise nötig werden; denn der Corona-Virus zerstört ja keinen stofflichen Reichtum: Die Scheren der Friseur*innen, die Tische der Gastwirtschaft und die Marx-Engels-Gesamtausgabe aus dem sozialistischen Fachgeschäft sollten auch in einem Monat noch ihren Zweck erfüllen können - wenn dieser Zweck denn wäre, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und nicht Gewinne zu erzielen, von denen der Lohn der Friseur*innen, Kassierer*innen und Kellner*innen abhängt. Quasi zum Ausgleich der empfundenen Machtlosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft gegen die von ihr erzeugten ökonomischen Zwänge griff die deutsche Polizei dafür auch dort durch, wo es nicht Not tat, bspw. gegen einsam Lesende oder abstandskonforme Proteste gegen die unmenschliche Behandlung von Geflüchteten durch die Staaten der Europäischen Union.

In den einschlägigen Kommentarspalten werden in solchen Fällen oft entweder alle Corona-Maßnahmen als ausnahmslos notwendig verteidigt oder aber als unnötiger Freiheitsentzug unterschiedslos abgelehnt. Eine differenzierte Prüfung einzelner Maßnahmen auf ihren Nutzen und ein gesellschaftliches Selbstverständnis, dass überschießende Freiheitseingriffe vermieden werden sollten, finden sich leider selten - von einer grundsätzlicheren Debatte darüber, dass der Markt offensichtlich nicht alles regelt, sondern Anreize setzt, die eine Pandemie begünstigen, ganz zu schweigen. Allgemeiner gibt es in der größeren deutschen Öffentlichkeit in Bezug auf Corona vor allem zwei Lager: Die einen liegen halb richtig, die anderen ganz falsch.

Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt

In Berlin und (H)alle dabei - Solidarisch durch das Corona-Semester

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt sind mittlerweile in das Sommersemester gestartet - unter besonderen Bedingungen. Wegen Corona können Vorlesungssäle nicht mehr mit Studis bis unter das Dach gefüllt werden. Die Lehre findet also zum großen Teil online statt, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wurden hingegen abgesagt; so zum Beispiel Die lange Nacht der Wissenschaft. Der Hochschulinfotag findet dieses Jahr digital statt.

Universitäre Lehre wird also in die digitale Welt verlagert. Das birgt Herausforderungen für Studierende wie auch für Dozierende - angefangen bei den technischen Voraussetzungen, denn nicht jede:r verfügt über entsprechende Hard- und Software bzw. über entsprechende Qualifikationen. Dozierende müssen sich einiges einfallen lassen, um ihren Präsenzunterricht sinnvoll in eine digitale Version zu übertragen. Das geht via E-Mails, über Videokonferenzen, Podcast oder Foren. Studierende müssen diese Angebote auch abrufen können, was nicht immer gegeben ist. Für alle bedeutet es aber auch mehr Arbeitsaufwand, denn um Studienleistungen zu erlangen, braucht es den Nachweis über Anwesenheit, Mitarbeit und Prüfungsleistung. Das geht über Hausaufgaben etc. und genau das führt zu einem erhöhten Arbeitsaufwand für alle. Eine ausschließlich online stattfindende Lehre kann nicht das leisten, was Präsenzunterricht kann und leider ist eine Kombination aus beidem nicht überall machbar. Wie überhaupt Prüfungen unter Corona-Bedingungen abgelegt werden sollen, bleibt nach wie vor zu klären. Dann kommen noch die existenziellen Probleme dazu: Studierende und auch Honorar-Beschäftigte an den Hochschulen verlieren ihre Jobs. Das ist eine enorme Belastung.

Mittlerweile gibt es ein breites Bündnis, das ein Solidarsemester fordert; das heißt, das das Corona-Semester nicht als Regelstudienzeit angerechnet werden soll. Darüber hinaus fordert das Bündnis die Anpassung des BaföG-Satzes, um Studierende finanziell abzusichern, die momentan keinem Job nachgehen können. Außerdem sollte unter diesen Umständen ein erleichterter Zugang zu BAföG ermöglicht, die Förderhöchstdauer angepasst und die Vergütung unabhängig von stattfindender oder nicht stattfindender Online-Lehre gezahlt werden. Und es braucht unbürokratische Soforthilfen, denn Studierende profitieren

nicht oder kaum von jenen Programmen, die Bund und Länder für beispielsweise selbstständig Tätige zur Verfügung stellen.

Das Bündnis hat nicht nur die Situation der Studierenden im Blick, sondern auch die des Hochschulpersonals, der Lehrenden und Forschenden. Es fordert daher die Anpassung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, damit die aktuellen Umstände nicht auf die Befristungsdauer angerechnet werden. Auch staatlich geförderte Drittmittelprojekte sollen verlängert und ausreichend finanziert werden. Mit diesen und anderen Forderungen steht das Bündnis nicht allein da. Ein offener Brief aus Forschung und Lehre fordert unter anderem auch die Verlängerung von Verträgen befristet Beschäftigter an den Unis, um Forschung und Lehre zu sichern. Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) gibt zu bedenken, dass anrechnungsfreie Jobanreize in systemrelevanten Bereichen und Bankkredite für Studierende zwar nett gemeint sind, aber einen vollen Nachteilsausgleich über bspw. angepasste BaföG-Sätze deswegen nicht ersetzen sollten. Kredite müssen schließlich eines Tages zurückgezahlt werden und spätestens dann stehen die Studierenden und Wissenschaftler:innen vor dem nächsten existenziellen Problem. Hochschulen dabei zu unterstützen auch digital Lehre anzubieten ist wichtig. Lehrende müssen aber dabei auch unterstützt und zum Beispiel bei der Bemessung der Lehrverpflichtung entlastet werden. Online-Kurse dürften einen erhöhten Mehraufwand in der Vor- und Nachbereitung haben, als Präsenzkurse. Nicht zu vergessen: Viele Lehrende arbeiten nun im Homeoffice und gehen da auch verstärkt Care-Arbeit nach.

Und ist es wirklich sinnvoll, alle Prüfungen (Staatsexamen etc.) stattfinden zu lassen? Damit ist für alle Beteiligten ein erhöhtes Risiko verbunden, denn auch wenn die Infektionszahlen sinken, gibt es noch keinen Grund zur Entwarnung. Die GEW Sachsen-Anhalt fordert hier zurecht einen Aufschub bzw. eine Aussetzung der Prüfungstermine.

Diesen Forderungen schließen sich meine Partei und meine Fraktion an. In einer Krise wie dieser, die uns alle vor große Herausforderungen stellt, sollten wir solidarisch sein und zum Wohle und Schutz aller keine leichtsinnigen Entscheidungen treffen, sondern stattdessen besonnen und überlegt vorgehen.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Mai Geburtstag haben.



Wofür steht DIE LINKE während der Corona-Krise?

Die Frage in der Überschrift ist an sich aus dem Parteiprogramm und aus den regelmäßigen Statements der Fachpolitiker*innen und des Parteivorstandes zu beantworten: DIE LINKE steht wie in Halle auch auf Bundesebene für einen solidarischen Umgang mit der Krise und ihren Folgen.

So hat beispielsweise Katja Kipping immer wieder klar gemacht, dass die Eindämmungsmaßnahmen möglichst weitgehend sein müssen, um keine Menschenleben zu riskieren. Deshalb haben viele LINKE die jetzt immer schneller eintretenden „Lockerungen“ kritisiert, weil diese zum Schutz der Wirtschaft getroffen wurden, aber eben nicht zum Schutz der Menschen. Ein extremes Beispiel für diese Vorgehensweise stellt der rechte und neoliberale Jair Bolsonaro als brasilianischer Präsident dar: Er kämpft fanatisch gegen Bemühungen das Corona-Virus einzudämmen und bezeichnet es als „kleine Grippe“. Leiden müssen unter den uneingeschränkten Ausbreitungen vor allem arme und unterdrückte Menschen leiden.

DIE LINKE steht deshalb auf der Seite möglichst weitgehender Eindämmung bei gleichzeitiger sozialer Politik. Während die Bundesregierung einerseits richtige Maßnahmen zur Eindämmung getroffen hat, bleibt sie gleichzeitig dem neoliberalen Dogma treu und tut nicht genug, um die Lage derjenigen zu verbessern, die durch Corona bspw. ihren Job verloren haben oder schon vorher auf Arbeitslosenhilfe angewiesen waren. Das ist ein Widerspruch, den wir durch konsequente soziale Forderungen aufzeigen und bekämpfen müssen. Die sogenannten „Hygienesemos“ schaffen das nicht. Vielmehr protestieren sie entweder einfach „gegen Corona“ und bezweifeln oftmals esoterisch motiviert medizinische Fakten. Oder sie sind von vornherein rechtsextrem dominiert und nutzen die unsichere Lage für einen Generalangriff auf die Demokratie. Hier warnt DIE LINKE auch auf Bundesebene zurecht vor diesen Demonstrationen.

Für Irritationen sorgt deshalb bei uns, dass es auch vereinzelt Abgeordnete und Ortsgruppen der LINKEN gibt, die sich aus einer falschen Auflösung der Widersprüche heraus für die „Pandemie-Leugner*innen“ einsetzen. Ein Beispiel dafür ist der Aachener Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsit-

zende Andrej Hunko, der zuletzt auf einer „Hygienesemos“ in Aachen eine Rede gehalten hat. Diese Rede ist zwar nicht rechts, aber beinhaltet vieles, was wir für unpassend halten: So beruft er sich z.B. auf Mediziner*innen, die klare Corona-Leugnung betreiben. Außerdem argumentiert er mit vermeintlich übertriebener Panik bei der sogenannten „Schweinegrippe“. Auch die Ausgrenzung „alternativer Medien“ wird als großes Problem angesehen.

Diese Punkte stehen neben berechtigten Kritikpunkten (wie z.B. an einem möglichen Immunitätsausweis), aber dienen in dem Kontext dazu, dass die Position der Leugner*innen aufgewertet wird. Und obwohl er sich von Menschenfeind*innen wie der AfD distanziert, werden die Zuhörer*innen seine Verteidigung „alternativer Medien“ auch auf diejenigen bezogen haben, die Teil eines rechten Mediennetzwerkes sind.

Insbesondere in der Rezeption des Auftritts von Andrej Hunko wird deutlich, dass der Kurs von DIE LINKE damit unklar erscheint: Soziale Kämpfe werden damit nicht gestärkt, sondern geschwächt. Wir wissen, dass viele Genoss*innen die Vorstellung haben, sie müssten immer dabei sein, wenn Leute auf die Straße gehen. Wir glauben, dass das in dem Fall ein Fehler ist: Die „Hygienesemos“ sind nicht progressiv, sondern vielmehr gefährlich.

Natürlich sollten wir auf die Straße gehen und gegen die Not der Menschen kämpfen, aber dafür sind die Hygienesemos nicht der richtige Platz. DIE LINKE wird bei den Protesten gegen die Ausbeutung in der Fleischindustrie, beim Streik der Erntearbeiter*innen, beim Kampf gegen das Fallpauschalensystem im Gesundheitswesen oder für ein Pandemiegeld gebraucht. Hier kämpfen Menschen bereits ohne rechtsextreme „Alternativmedien“, AfD-Propaganda und Realitätsleugnung.

Sie bekommen im Gegensatz zu den „Hygienesemos“ kaum Berichterstattung und keine Zustimmung von besorgten Arbeitgeber*innen oder konservativen Ministerpräsidenten. Dort findet die wahre Bewegung statt und dort sollten wir sein.

Jan Röttschke, Niklas Ufer und Lukas Wanke aus dem Stadtvorstand

Aus der letzten Stadtratssitzung am 29.04.2020

Ungewöhnlich war sie schon, diese Stadtratssitzung. Unter besonderen hygienischen Bedingungen wie z.B. Mundschutz, Gesundheitsbogen ausfüllen, separate Wege nutzen etc., haben wir die Stadtratssitzung gemeistert. Und das innerhalb von 3 Stunden- so war die Vorgabe, die auf gesundheitlichen Empfehlungen beruhte. Auf der Tagesordnung standen vorrangig Vorlagen und Anträge, die dringend zu entscheiden waren. Und dennoch wurden einige Vorlagen noch einmal zur Beratung in die Ausschüsse „geschickt“. Dazu gehörte z.B. ein Bebauungsplan „Charlottenstraße (Gottesackerstraße/ Töpferplan)- Aufstellungsbeschluss“. Es gibt dort einen privaten Eigentümer, der die Mehrzahl der Grundstücke besitzt. Vorgesehen sind u.a. mehrstöckige Stadtvillen zu bauen und ein Anbau an die Brandwand der Friedrich-List-Schule. Auch nicht störende gewerbliche Nutzungen sind neben der überwiegenden Wohnnutzung vorgesehen. Sonderwohnformen für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen sollen dabei eine große Rolle spielen. Es gibt aber, eben weil es ein attraktives Gebiet in der Nähe der Innenstadt ist, Fragen, die noch einmal im Fachausschuss Planen zu beraten sind.

Auch der Bebauungsplan „Wohnen an der Alten Heerstraße- Beschluss zur öffentlichen Auslegung“ wurde vertagt. Auch hierzu gab es noch Fragen. Ziel dieses Vorhabens ist, dass östlich der Alten Heerstraße eine Industriebrache als Wohngebiet entwickelt werden soll. Ebenso wurden mehrere Baubeschlüsse für Außenanlagen an Schulen noch einmal vertagt. Die Marktsatzung, vorgelegt von der Stadtverwaltung, wurde auch vertagt, weil diese noch nicht im entsprechenden Fachausschuss war und Stadträte noch keine Meinungen und Argumente austauschen konnten.

Beschlossen wurde u.a. ein Nachtrags-Wirtschaftsplan 2020 für die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & KG, eine Vorlage zum Baubeschluss Dünnschicht für die B 100 (Abschnitte), die Besetzung des Aufsichtsrates der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH. Auch der Baubeschluss zur Umfeldgestaltung Salinemuseum sowie die „Förderung der Systemanpassung Trinkwasserleitung Silberhöhe-östl. Kollektor von der Freyburger Straße bis Joachimstaler Straße“ fand eine Mehrheit.

Beschlossen wurde auch ein als dringlich eingestuftes Antrag von Mitgliedern aller Fraktionen (außer AfD) des Sozial- Gesundheits- und Gleichstellungs-

ausschusses. Der Antrag beinhaltet, dass der Oberbürgermeister aufgefordert wird, die eingestellten Fördermittel, die mit der Beschlussfassung zum Haushalt 2020 eingestellt werden, in voller Höhe freizugeben. Zum Hintergrund: Der Stadtrat ist den Kürzungsplänen der Verwaltung zum Haushalt 2020 nicht gefolgt, sondern hat durch Anträge die gleiche Summe wie im Jahr 2019 für die Vereine und Verbände eingestellt. Die Verwaltung argumentiert- obwohl auch die Kommunalaufsicht den Haushaltsentwurf genehmigt hat (!)- dass erst die Deckung für diese Anträge eingehen muss. Die Folge ist, dass es viele Vereine - wie z.B. die Drogenberatungsstellen, die Schöpfkelle auf der Silberhöhe, der Humanistische Regionalverband u.a. m. gibt, die auf Grund der bisherigen Bescheide durch die Verwaltung (diese beinhalten eben nur das Volumen auf der Grundlage des Haushaltsentwurfes der Verwaltung) ihre Arbeit nur in Teilen oder gar nicht fortsetzen können. Dazu kommt, dass durch die „Corona-Krise“ vor allem im sozialen Bereich größere Beratungsbedarfe durch die Vereine festgestellt werden und auch Einnahmen der Vereine durch abgesagte Veranstaltungen etc. nicht kommen. Im Antrag wurde darauf verwiesen. Es gibt also auch eine neue Situation für die Vereine und Verbände. Wie schon geschrieben: Der Antrag fand eine große Mehrheit, aber umsetzen muss ihn die Verwaltung, der OB. Der OB war mit unserem Antrag nicht einverstanden. Er gab uns zu verstehen, dass er das Ansinnen nicht verstehe und ggf. sogar Widerspruch anmelden muss. Im Sozial-Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss werden wir weiter um die Umsetzung des Beschlusses kämpfen. Unter dem Tagesordnungspunkt Anfragen wurden viele Anfragen zum Thema „Folgen der Corona-Pandemie für die Stadt Halle und für den Haushalt“ gestellt. So wurde seitens der Verwaltung bereits am 9.4.2020 in einem Zwischenbericht festgestellt, dass nach aktuellen Schätzungen bei einer 6-monatigen Pandemie von mindestens 200 Millionen Euro an Mehrbelastungen für den Haushalt der Stadt Halle auszugehen ist. Der OB hat inzwischen aus diesem Grund eine Haushaltssperre erlassen. Die Stadtverwaltung fordert einen Rettungsschirm für die Kommunen durch Bund und Länder. Wir unterstützen das Ansinnen, denn allein kann die Kommune die Einnahmeverluste nicht kompensieren. Diese Thematik wird uns also weiter beschäftigen. Wir werden berichten....

Ute Haupt

Buch Rezensionen:

Kapp-Putsch

Pünktlich zum Jahrestag im März 2020 rollt der Historiker Klaus Gietinger die Geschichte des Umsturzversuchs neu auf und liefert bislang kaum bekannte Fakten und Hintergründe. Es ist ein fast vergessenes Kapitel deutscher Geschichte, das jedoch fast so wichtig erscheint, wie die Novemberrevolution 1918.

Der Versailler Vertrag verlangte die Reduzierung des Deutschen Heeres auf 100 000 Mann und die Auflösung der Freikorps, mit denen die Reichsregierung die Arbeiteraufstände 1919 niedergeschlagen hatte. Doch die präfaschistischen Freikorps Ehrhardt und Loewenfeld weigerten sich, putschten. Die Reichsregierung floh, kurz vorher hatten Ebert und Noske einen Aufruf zum Generalstreik herausgegeben. Der größte Streik, den Deutschland je gesehen hat, folgte. Zahlreiche Kommandeure der Reichswehr sympathisierten mit den Putschisten. Die Regierung landete in Stuttgart und wurde dort nur militärisch geschützt, weil sie leugnete, den Aufruf zum Generalstreik unterzeichnet zu haben. Nach fünf Tagen mussten die Putschisten in Berlin aufgrund des Generalstreikes aufgeben. Die Regierung kehrte in die Hauptstadt zurück. Inzwischen war es aber vor allem in den Industriegebieten Mitteldeutschlands, Thüringens und im Ruhrgebiet zu bewaffneten Kämpfen von Arbeitern gegen die putschenden Freikorps und die Reichswehr gekommen. Die Putschisten wurden zurückgeschlagen. Im Pott bildete sich eine Rote Ruhrarmee aus der SPD-, USPD- und KPD-Basis, mit bis zu 100 000 Mann. Teils waren sogar Bürgerliche und Syndikalisten beteiligt. Man wollte nun mehr als die Rückkehr der alten Regierung, verlangte die Auflösung der Reichswehr, stattdessen eine Volkswehr, die Bestrafung der Putschisten und Sozialisierung. Regierungsvertreter (SPD und Zentrum) mussten verhandeln. Man schloss das Bielefelder Abkommen, das einige soziale und militärische Zugeständnisse machte. Doch die Reichswehr hielt sich nicht daran, wie Teile der Roten Ruhrarmee. Reichspräsident Ebert (SPD) wollte das Abkommen auch nicht akzeptieren. So fielen die Reichswehr und die Freikorps, die geputscht hatten, im Ruhrgebiet ein und massakrierten die Kämpfer, deren sie habhaft werden konnten. Gedenksteine für die Opfer wurden von den Nazis beseitigt. Zeit an diesen Kampf zu erinnern.

Gietinger, Klaus: „Kapp-Putsch - 1920 - Abwehrkämpfe - Rote-Ruhrarmee“, 1. Auflage 2020, 328 Seiten, kartoniert, Schmetterling Verlag, ISBN 3-89657-177-X, Preis: 19,80 Euro.

Robert Allertz: Ich will meine Akte

Wie westdeutsche Geheimdienste Ostdeutsche bespitzeln

Die Mitteilungen über die permanente Ausspähung der Welt, vor allem durch US-Geheimdienste, von Whistleblowern wie Edgar Snowden oder Julian Assange publik gemacht, empört auch die deutsche Öffentlichkeit. Dabei wurde schon im zweigeteilten Deutschland grenzüberschreitend gespitzelt und überwacht. Mindestens 71 500 namentlich bekannte Ostdeutsche wurden systematisch observiert vom Westen. Einer von ihnen war Hans Modrow, dem der Bundesinnenminister 2013 schriftlich bestätigte, dass Bundesverfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst seine Überwachung „schon 2012“ beendet hätten.

Robert Allertz trug unbekannte oder wieder vergessene Fakten zusammen, suchte in Archiven und sprach mit Beteiligten. So wie mit Modrow wurde auch mit Zehntausenden anderen Ostdeutschen verfahren.

Robert Allertz: Ich will meine Akte - Wie westdeutsche Geheimdienste Ostdeutsche bespitzeln - Das Neue Berlin, Berlin, 224 Abbildungen, Preis: 14,99 Euro.

Aus dem Leben von Arthur EPPERLEIN

Anlässlich des 100. Geburtstages von Arthur Epperlein, der über 40 Jahre für die frühere „Freiheit“ und später für die „Mitteldeutsche Zeitung“ als Pressezeichner gearbeitet hat, hat der Verlag & Verlagsservice, Rüdiger Schneidewind aus Halle eine aktualisierte Biografie „Humor ist nur die Höflichkeit der Verzweiflung“ mit vielen neuen Informationen über sein Leben, mit 50 Epperlekarikaturen und zahlreichen Fotos veröffentlicht. „Humor ist nur die Höflichkeit der Verzweiflung“ *Autorenkollektiv, 80 Seiten, Paperback, original Epperformat 12 x 19 cm, Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind, Preis: 7,50 Euro.*

Die Biografie von Arthur Epperlein kann direkt über den Verlag (Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind, Germarstr. 6, 06112 Halle) oder per Mail kontakt@verlag-schneidewind.de bestellt werden.

Zweimal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten - Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege

*Rezension zu Bollinger, S./Zilkenat (Hrsg.). Konferenzband zu einem deutschlandpolitischen öffentlichen Symposium am 4. November 2019 in Berlin-Marzahn
Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte. Band 4. Edition Bodo. Buskow bei Neuruppin. 2020. ISBN: 978-3-947913-08-4. 520 Seiten*

Der chronologisch aufgereihter Sammelband „Zweimal Deutschland“ führt politisch interessierte Menschen mal ruhig, mal flutartig stromaufwärts durch die sozialpolitische Geschichte Deutschlands, die sich zum Ende des Zweiten Weltkrieges gabelt. Die kritischen Auseinandersetzungen der verschiedenen sozialpolitischen Sektionen legen hierbei die Überwindung unterschiedlicher Hindernisse zweier Wegsysteme frei und reißen zugleich an den Fundamenten überholter Sichtweisen. Zum Vorschein kommen Änderungen im Staatsgefüge und Grundeinstellung beider Staaten mit der Folge, dass sich trotz der Wiedervereinigung viele Vorgänge nicht vermengen und heute noch parallel fließen.

Die fundierte Beschreibung der Staatsgründungen mit dessen Entwicklungswegen bis zum kalten Krieg markiert den Beginn des fünfgliedrigen interdisziplinären Projekts. Sie offeriert Aspekte der gegenseitigen Beeinflussung beider Staaten sowie außerpolitische Faktoren, welche die Entzweiung vorantrieben, zusätzlich werden geschichtsverzerrte Vorstellungen der Gegenwart in ihren Kontext gestellt und ausdiskutiert. Es folgt die Frage zum sozialistischen Ideal der DDR und dessen Umsetzung im Zusammenhang der ökonomischen Grenzen. Nach einer Auseinandersetzung mit der sozialpolitischen Entwicklung der BRD werden Schwächen und Leistungen verschiedener Bereiche der DDR in Vergleich gesetzt, wie ökonomische Ressourcen, Gesundheitswesen, Persönlichkeitsentwicklung, Luxus und Erneuerungsversuche. Das Ende des Buches leitet die Frage nach der Konsequenz des Zusammenbruchs der DDR ein, der un-leugbar neues Konfliktpotential bis in die Gegenwart trägt.

Ein unbestreitbarer Vorzug des Bandes ist die Bereitstellung der Forschungsfelder von 26 kritischen Wissenschaftler/-innen unterschiedlicher Disziplinen, die durch ihre Forschungsarbeiten das Ineinandergreifen und Wechselspiel zwischen Staat - Gesellschaft, DDR - BRD sowie außenpolitische Faktoren über Jahrzehnte freilegen. Allesamt bleiben sich durch ihren gut verständlichen Sprachstil dem Leitsatz „Politik geht alle etwas an“ treu. Als besonders hilfreich stellt sich bei der Flut an Informationen die im Anhang beigefügte Chronik sozialpolitischer Maßnahmen der DDR sowie der BRD heraus.

Die Stärke des Sammelbandes liegt deutlich in der Spanne vom Beginn der Zweiteilung bis zum Transformationsprozess der Wendezeit, eher knapp geraten erscheint die Beantwortung der auf dem Cover befindlichen These „Es gibt heute noch zwei Gesellschaften im vermeintlich vereinten Deutschland“. Das wissenschaftlich begründete Herausstellen rechtspolitischer Neigung als Auswirkung im Osten Deutschlands zum heutigen Zeitpunkt mag sicher markant sein, doch wie einige Beiträge des Bandes schon durchblicken lassen, zeigen sich die Konsequenzen für ein „nebeneinander Herlaufen“ auch auf anderen sozialpolitischen Größenebenen, wie Gesundheitswesen, Entlohnung, Armut und Herkunft.

In den derzeitigen unruhigen Fahrwassern der Corona-Krise, bei dem der Ruf nach Solidarität stetig lauter und Diskussionen zu demokratischen Grundsätzen geradezu orkanartig entfacht werden, bieten die Sammelband-Beiträge ein Stück weit Orientierung. Offenbaren doch die Autoren/-innen ungeschönt, welche sozialpolitische Maßnahmen in den jeweiligen Bereichen der beiden Staaten zielführend waren, welche Fehler begangen wurden, welche politische Versäumnisse zur Instabilität führten und so maßgeblich zum Ist-Stand beitrugen.

Ich wünsche der Autorenschaft zur Impulsfindung viele interessierte Leserinnen und Leser, um allenfalls die Politik unseres Landes auch in ihrer Konsistenz zu einen.

Von Grit Schnitzhofer

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus den Sondersitzungen des Landtags vom
07./08.05.2020

#Tag der Befreiung

Zu Beginn des zweiten Sitzungstages gedachte der Landtag dem 75. Jahrestag der Befreiung. Die Präsidentin des Landtages Gabriele Brakebusch sagte in ihrer Rede unter anderem: „Aus der Perspektive der Historiker war der 8. Mai 1945 für viele, für sehr viele Menschen, ohne Zweifel ein Tag der Befreiung. Ich denke dabei an die Millionen Menschen in den bis zum Schluss besetzten Gebieten. Ich denke dabei an die vielen Tausenden in den Konzentrationslagern, in denen bis zum Schluss gemordet wurde. Ich denke dabei an die Millionen Kriegsgefangenen, die unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern zusammengepfercht wurden. Ich denke an die unzähligen Menschen, die zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt und dort brutal ausgebeutet wurden.

Ich denke aber auch an die Deutschen. Nur der Sieg der Alliierten und die bedingungslose Kapitulation, nur die Niederlage, haben uns Deutsche von der nationalsozialistischen Diktatur befreit. Wir Deutschen hatten und haben einen brutalen Raub- und Eroberungskrieg, einen weltanschaulichen Vernichtungskrieg, das millionenfache Morden, den Versuch der vollständigen Vernichtung der europäischen Juden sowie die materielle und seelische Verwüstung Europas zu verantworten. Viele, sehr viele Deutsche, waren an der Einrichtung der Diktatur und am Vorbereiten und Führen des Krieges beteiligt. Nur sehr wenige hatten den Mut zum Widerstand. Wir selbst haben uns weder der Anfänge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wirksam erwehrt, noch haben wir die Kraft, die Courage oder den Willen aufgebracht, die offen menschenverachtende und Menschen vernichtende Diktatur abzuschütteln. Deshalb mussten wir Deutschen befreit werden - um eine Chance auf einen Neuanfang, auf ein Leben in Frieden und Freiheit zu gewinnen. Dass diese Chancen auf ein Leben in Freiheit in Deutschland ungleich verteilt waren, ist jedem von uns bewusst.“

„Bedeutete die Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985 für die Westdeutschen die Übernahme der ganzen, ungeteilten Last der Geschichte, so bewirkte dies für uns Ostdeutsche ein Beschluss der am 18. März 1990 frei gewählten Volkskammer.“, sagte die Präsidentin des Landtages weiter und nach dem Zitat des Beschlusses der Volkskammer endete sie: „Diese Botschaft ist elementarer Bestandteil unserer Staatsräson. Das muss sie bleiben, unbedingt.“

#aktuell debattiert

Landtagssitzung im Mai ganz im Zeichen der Corona-Krise

Im Mittelpunkt der Landtagssitzung im Mai standen die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. Die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wollte über Chancen in der Krise debattieren, die aus ihrer Sicht vor allem darin liegen, dass in der Wirtschaft stärker regional gedacht und insgesamt ökologisch umgesteuert werden sollte. Leider fanden sich diese Schwerpunkte nur in den Debattenbeiträgen der antragstellenden Fraktion und von DIE LINKE wieder. Der umweltpolitische Sprecher der Fraktion Hendrik Lange legte den Finger in die Wunde: „Die Krise macht das Ausmaß der Umweltschäden deutlich, die wir weltweit verursachen. Wenn man in den Ballungszentren in Indien erstmals wieder den blauen Himmel sehen kann, dann zeigt das nicht nur, dass es dort ein riesiges Umweltproblem gibt, sondern dass wir unsere Umweltverschmutzung mit der Produktionsverlagerung gleich mit exportiert haben.“ Er stellte fest: „Wir brauchen den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Wir sollten die jetzige Situation nutzen, diesen voranzubringen. Darum darf es kein bedingungsloses Verteilen von Steuergeldern an die Konzerne geben. Vielmehr muss der Staat, der gerade seine Handlungsfähigkeit bewiesen hat, im Sinne einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung steuernd eingreifen.“ Deshalb schlug er eine dreigliedrige Strategie vor: Kurzfristig helfen, um Arbeitsplätze zu retten und den Menschen Sicherheit zu geben. Mittelfristig umsteuern, um der Wirtschaft Anreize zum Umsteuern zu geben und Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, Forschung, Entwicklung und digitale Infrastruktur zu tätigen. Langfristig den sozial-ökologischen Umbau meistern, um die Lebensgrundlagen zu erhalten und die soziale Schere zu schließen.

Der sozialen Spaltung durch die Corona-Krise aktiv begegnen!

Unter diese Überschrift hat die Fraktion DIE LINKE ihre Aktuelle Debatte im Landtag gestellt. Gleichzeitig brachte die Fraktion drei konkrete Anträge zur Bewältigung der Probleme ein. Dabei ging es zum einen um ein Grundeinkommen für Soloselbstständige und Kleinunternehmer*innen, wie Künstler*innen, Gastronomen, Pensionsbetreiber*innen, Dozent*innen und viele weitere Berufsgruppen, für die die bisherigen Hilfsprogramme von Bund und Land nicht greifen bzw. unzureichend sind.

Der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann sagte dazu: „Wir sehen die Aufgabe der Politik darin, dem sozialen

Auseinanderdriften der Gesellschaft aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit von den Corona Maßnahmen aktiv entgegenzuwirken. Wir wollen ohne Wenn und Aber diejenigen unterstützen, die unter den Auswirkungen der Schutzmaßnahmen tatsächlich leiden und Schaden nehmen. Unsere drei Anträge zeigen dabei das breite gesellschaftliche Spektrum derjenigen, deren persönliche Betroffenheit zu wenig im Fokus des Regierungshandelns steht. [...] Wir fordern für alle Soloselbstständigen und Kleinunternehmer ein Grundeinkommen von 1 000 Euro monatlich. „Dieses Grundeinkommen solle für jeden Monat gezahlt werden, in dem diese Menschen aufgrund der Verlängerung von Maßnahmen des Landes in ihrer Geschäftstätigkeit derart eingeschränkt würden, dass sie daraus ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten könnten.

In einem weiteren Antrag forderte die Fraktion, dass die Gelder für kostenloses Mittagessen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder in Kindertageseinrichtungen, die geschlossen wurden, direkt an die Eltern ausgezahlt werden. Durch die Schließung der Einrichtungen kommen die betroffenen Kinder nicht mehr in den Genuss dieser Leistung. Dazu der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann: „Es ist eine absurde Idee, das Essen an die betroffenen Familien ausliefern zu lassen, wie es das Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorschlägt. Der logistische Aufwand ist viel zu hoch. Außerdem entstehen erhebliche Zusatzkosten für die Auslieferung, die bezeichnenderweise der Bund auch nicht tragen würde.“

Dieser enorme Finanzierungsbedarf müsse auch durch eine Sonderabgabe auf besonders große Vermögen gestemmt werden.

In einem dritten Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE, dass Studierende und Hochschulen in Corona-Zeiten nicht vergessen dürften. Der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion Hendrik Lange erteilte den Absichten des Finanzministeriums eine Absage, von den Hochschulen in Sachsen-Anhalt einen Konsolidierungsbeitrag zum Landeshaushalt zu leisten. Außerdem sollten die Langzeitstudiengebühren für das Sommersemester 2020 erlassen und ein Sozialfonds für Studierende aufgelegt werden, da zahlreiche Studierende durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ihre Jobs zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts verloren haben.

Alle drei Anträge wurden in die jeweiligen Fachausschüsse überwiesen.

#Humanität

Humanitäre Katastrophe abwenden - Gesundheitsschutz für Alle

Schon lange vor Beginn der Corona-Pandemie sei vor ansteigenden Mortalitätsraten und Seuchen in den bestehenden Aufnahmelagern für Geflüchtete auf den griechischen Inseln der Ägäis gewarnt worden. Diese Situation war für die Fraktion DIE LINKE. Anlass, einen entsprechenden Antrag für ein Landesaufnahmeprogramm einzubringen. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Henriette Quade sieht dringlichsten Handlungsbedarf, um diese verheerenden Zustände zu beenden und damit die sich zwangsläufig abzeichnende humanitäre Katastrophe abzuwenden. Ebenfalls dringlich sei die Beendigung der Massenunterbringung in der Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt) Halberstadt zum Schutz der dort untergebrachten Geflüchteten.

Außerdem fordert DIE LINKE in ihrem Antrag die Einführung anonymer Krankenscheine, analog des Verfahrens in Thüringen und Rheinland-Pfalz. Mit diesen kann illegalisierten Personen sowie jenen Menschen, wie EU-Ausländerinnen, wohnungslose Menschen, ehemalige Inhaftierte, Personen mit unklarem Aufenthaltsstatus ohne Krankenversicherungsschutz oder Selbständige, die sich die private Krankenversicherung nicht mehr leisten konnten, eine Krankenversorgung zuteilwerden.

#Kommunalpolitik

Kommunale Demokratie nicht außer Kraft setzen

Am 23. März 2020 verfügte das Innenministerium per Runderlass, dass Kommunen unter Berücksichtigung der aktuellen Pandemielage von einzelnen Regelungen des Kommunalverfassungsgesetzes befreit werden. Dazu gehört auch die Öffentlichkeit der Sitzungen. Stattdessen wurden Entscheidungen im schriftlichen Verfahren ohne inhaltliche Beschränkungen zugelassen, wenngleich dies nur bei dringlichen Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, gelten sollte.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. habe der Runderlass in rechtswidriger Weise das Öffentlichkeitsprinzip und damit den tragenden Grundsatz kommunaler Demokratie außer Kraft gesetzt. Die kommunalpolitische Sprecherin Christina Buchheim sieht dadurch Kommunen erheblichen Risiken und Rechtsunsicherheiten ausgesetzt. Zudem forderte sie die Landesregierung auf, unverzüglich, jedoch befristet für bestehende außergewöhnliche Notlagen, handlungs- und rechtssichere Verfahrensregelungen für die Kommunen zu schaffen bzw. Hinweise zu erteilen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 19. Mai 2020

Solidarisch durch die Krise – Gesundheit vor Profite – Grundrechte verteidigen

Corona und die Maßnahmen mit denen die Ausbreitung des Virus behindert werden soll, treffen viele Menschen hart: Reicht das Kurzarbeitergeld für die Miete? Arbeiten von zuhause und nebenbei die Kinder betreuen? Mit ihnen Schulaufgaben machen oder die Pflege von Angehörigen organisieren - oder trotz Ansteckungsgefahr zur Arbeit fahren? Die Krise trifft nicht alle gleich: Wer weniger verdient, hat öfter Angst um den Arbeitsplatz. Wer Grundsicherung bekommt, hat Sorge, ob es fürs Lebensnotwendige reicht. Für Alleinerziehende ist Arbeit und Schule zuhause doppelt schwer. Viele Menschen wünschen sich, dass die Isolation zu Ende geht. Dass die Kinder gut lernen. Dass Zusammensein und Nähe unbeschwert sind. Dass der Staat nicht so in den Alltag eingreift. Solidarität leben und Abstand halten in Zeiten der Pandemie – das ist schwer. Aber es geht.

Die Unternehmen machen Druck, dass Abstandsregeln und Schließungen gelockert werden. Rechte Gruppen und Parteien schüren Stimmungen, verbreiten Verschwörungsmärchen und suchen Sündenböcke. Auch sie wollen schnelle Lockerungen. Sie wollen lieber Leben riskieren als Gewinne. DIE LINKE fordert: Unsere Gesundheit geht vor die Profite der Unternehmen! Sichert die Beschäftigten in Pflege, Bildung und Versorgungsberufen. Sorgt für die Sicherheit in Kitas und Schulen – und hilft den Eltern, nicht vor allem den Konzernen. Das muss der erste Schritt sein. Wenn das nicht geht, gibt es auch keine »Normalität« und keine Rückkehr an den Arbeitsplatz!

Gesundheit solidarisch

Das Gesundheitssystem in Deutschland ist seit Jahren auf Profit und Effizienz getrimmt worden. Das

Ergebnis: Es gibt keine Reserven, nicht genug Atemschutzmasken, Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel, Betten und Pflegekräfte. Das Gesundheitssystem muss auf sichere Füße gestellt werden: Kein Profit mit der Gesundheit. Schluss mit der 2-Klassen-Medizin. Eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle entsprechend ihren Einkommen einzahlen und mit der alle gut versorgt werden.

Freiheitsrechte verteidigen

Unternehmen und Parteien, die ihnen verbunden sind, nutzen die Krise, um durchzusetzen, was ihnen bisher nicht gelungen ist: arbeitsrechtliche Standards und Höchstarbeitszeit aushebeln. Umweltstandards unterlaufen. Milliarden Hilfsmittel beantragen, gleichzeitig Milliarden an Dividenden an Aktionäre ausschütten. Es gibt guten Grund für Protest – und der geht auch ohne erhöhtes Ansteckungsrisiko. Einschränkungen von Grundrechten müssen an medizinischen Notwendigkeiten ausgerichtet sein. Die LINKE verteidigt demokratische Grundrechte, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.

Wir zahlen nicht für diese Krise

Die Krisenhilfen kosten viel Geld. Ihre Finanzierung muss gerecht verteilt werden. Es gibt in Deutschland über 1,3 Millionen Millionäre und 126 Milliarden. Als Einstieg in eine gerechte Lastenverteilung brauchen wir eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche.

Was jetzt zu tun ist

1. Sich nicht für dumm verkaufen lassen. Nicht von Unternehmen, nicht von Rechten. Die Corona-Pandemie ist kein Machwerk dunkler, unbekannter Gestalten.

2. Bei Lockerungen der Maßnahmen gilt: Gesundheit und Sicherheit gehen vor. In Schulen und Kitas, in Krankenhäusern, Pflegeheimen und am Arbeitsplatz, auf dem Spargelfeld, in der Fleischerei, am Band oder im Büro.

3. Was für alle lebenswichtig ist, muss auch allen gehören. Wir brauchen den Einstieg in ein öffentliches Gesundheitssystem, in dem keine Profite gemacht werden müssen.

4. Keine Staatshilfen für Unternehmen, die Steuer hinterziehen oder mit Steueroasen zusammenarbeiten. Keine Ausschüttung von Dividenden an Aktionäre.

5. Nicht unterkriegen lassen.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de V.i.S.d.P. Jörg Schindler